

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac nannte den Vorschlag von Olaf Scholz einen Etikettenschwindel. Attac-Steuerexperte Detlev von Larcher: »Das Modell von Scholz hat mit der Ursprungsidee kaum etwas zu tun.« Die Direktorin der Europäischen Zentralbank, Isabel Schnabel, zur Aktiensteuer: »... Der geplante Umfang [ist] so klein, dass das die Finanzwelt auch nicht wirklich verändern wird.«

Wie stark die Steuer zu Buche schlägt, ist auch davon abhängig, wie oft ein Finanzprodukt umgesetzt wird. Kaum spürbar ist sie für diejenigen, die beispielsweise zweimal im Jahr einen Aktienfonds kaufen. Aber diejenigen, die tagtäglich mit Millionen Euro am Finanzmarkt zocken und in Bruchteilen von Sekunden Finanzinstrumente kaufen und wieder abstoßen (zum Beispiel im Hochfrequenzhandel), würde es treffen.

Genau diese kurzfristigen und spekulativen Geschäfte werden dann teurer. Uferloser Spekulation und Zockerei werden also Grenzen gesetzt, was das Finanzsystem stärkt. Zugleich schöpft man Gelder aus den Finanzmärkten ab und beteiligt die Verursacher von Finanzkrisen an den Kosten.

Eine Steuer zugunsten von globaler Armutsbekämpfung und Klimaschutz

Die Steuererhöhungen sollen für nachhaltige Entwicklung im globalen Süden und globalen Umwelt- und Klimaschutz sowie für Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft genutzt werden.

Eine umfassende Finanztransaktionssteuer würde dabei nach Schätzungen des Bundesfinanzministeriums locker zehnmal mehr Einnahmen generieren als die klägliche Aktiensteuer von Olaf Scholz mit 1,5 Milliarden Euro pro Jahr.

Die Erhebung der Steuer ist technisch vergleichsweise einfach und ohne größere Kosten möglich. Denn die Mehrzahl der Finanztransaktionen läuft über wenige zentrale Rechenzentren und sogenannte Clearingstellen. Dort könnte die Steuer erfasst und an die Finanzämter weitergeleitet werden.

Steuerumgehung wird durch das Herkunftsland- und Ausgabeprinzip erschwert. Das bedeutet: Steuerpflichtig sind einerseits alle Transaktionen, bei denen einer der beiden Handelspartner seinen Sitz in der Steuerzone (sie umfasst die beteiligten europäischen Staaten) hat. Andererseits werden alle Finanzinstrumente erfasst, die in der Steuerzone ausgegeben wurden (z.B. Aktien von VW), egal wo sie gehandelt werden. Die Steuer würde damit weltweit erhoben, es brächte daher nichts, den Handelsplatz zu wechseln.

Kleinsparer, nicht Spekulanten profitieren

Kritiker wenden ein, die Finanztransaktionssteuer treffe insbesondere Kleinsparer. Doch dies ist eine Nebelkerze, um die großen Zocker zu schützen. Ein Gutachten des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) kommt zu dem Ergebnis, dass ein Großteil des Steueraufkommens in Deutschland von professionellen Investoren aus dem Ausland geleistet würde.

Wer viel am Finanzmarkt handelt, zahlt viel. Wer wenig am Finanzmarkt handelt, zahlt wenig. Und wer gar nicht am Finanzmarkt handelt, zahlt nichts. Die hohen Steuereinnahmen kämen der Allgemeinheit zugute – zu Recht wird die Finanztransaktionssteuer daher auch als »Robin-Hood-Steuer« bezeichnet.

Die Finanztransaktionssteuer wirkt wie Sand im Getriebe der Finanzmärkte. Sie sorgt für weniger Spekulation, größere Stabilität und Steuereinnahmen – für Klimaschutz und den Kampf gegen Armut.

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag · Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22 75 1170, Fax: 030/22 75 6128
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P. Jan Korte

Redaktion: Ralph Kummer, Rainald Ötsch
Stand: Juni 2020
Layout/Druck: Fraktionservice

Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de

200505

Für eine echte Finanztransaktionssteuer!

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Foto: istock



Liebe Leserin, lieber Leser,

Die Bankenrettung in der Finanzkrise vor über zehn Jahren hat die Allgemeinheit viele Milliarden Euro gekostet.

Die Finanztransaktionssteuer war das Versprechen, die Verursacher der Krise an den Kosten zu beteiligen. Gleichzeitig sollte die Jagd nach Profiten mit kleinsten Kursschwankungen gebremst werden. Mehr Stabilität durch Sand im Getriebe der Zocker – das war eine richtige Idee.

Aber die Steuer wurde über die Jahre beerdigt. Die Verhandlungen auf europäischer Ebene wurden verschleppt, und die Große Koalition traut sich nicht, mit gutem Beispiel in Deutschland voranzugehen.

Wir haben Forderungen aus der Zivilgesellschaft, etwa des in der Finanzkrise gegründeten und von 100 Organisationen getragenen Bündnisses »Steuer gegen Armut«, nach einer umfassenden Finanztransaktionssteuer immer unterstützt und setzen uns auch weiter dafür ein, dass mit den Einnahmen die Bekämpfung internationaler und nationaler Armut sowie der Schutz von Klima und Umwelt finanziert werden.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre!

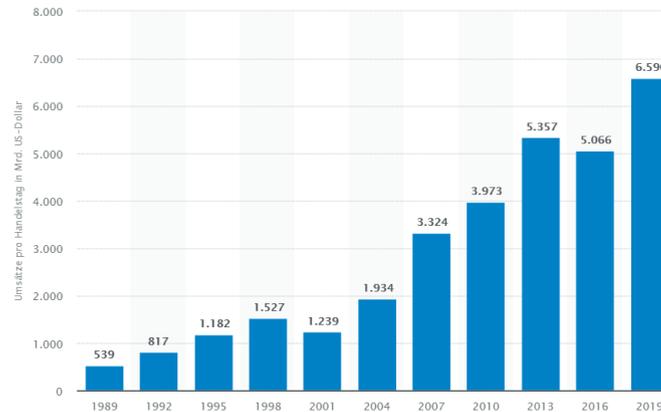


Fabio De Masi
MdB, Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag



Jörg Cezanne
MdB, Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag

Die Finanzmärkte pumpen sich seit Jahrzehnten auf. Inzwischen werden dort weltweit Geschäfte im Umfang des 73fachen der realen Wirtschaftsleistung abgewickelt. An den globalen Währungsmärkten wurden zum Beispiel 2019 an einem einzigen Handelstag durchschnittlich 6.590 Milliarden US-Dollar umgesetzt. Das ist in etwa doppelt so viel wie die jährliche Wirtschaftsleistung Deutschlands.



Quelle: Statista 2020 – Entwicklung des durchschnittlichen Umsatzes pro Handelstag am weltweiten Devisenmarkt von 1989 bis 2019 (in Milliarden US-Dollar).

Der Aktienhandel nahm zwischen 1980 und 2018 um den Faktor 420 zu (weltweites jährliches Handelsvolumen 2018: circa 223 Billionen Euro). Nur ein kleiner Teil davon dient dazu, reale Geschäfte – wie den Handel mit Waren oder Dienstleistungen – zu finanzieren.

Riesige Vermögen in den Händen weniger Milliardärinnen und Milliardäre werden in kurzfristige, hochriskante Finanzgeschäfte investiert, was Finanzkrisen verursacht.

Beim Kauf eines Finanzinstruments muss im Unterschied zu unseren Einkäufen im Supermarkt keine Umsatzsteuer gezahlt werden. Dies will DIE LINKE. im Bundestag durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTS) ändern.

Die Finanztransaktionssteuer soll immer dann anfallen, wenn ein Finanzinstrument (Aktien, Anleihen, Währungen, Termingeschäfte und andere Derivate) die/den Eigentümer/in wechseln.

Derivate sind künstliche Finanzinstrumente, die die Wertentwicklung eines anderen Finanzinstruments abbilden. Mit ihnen lässt sich auf Rohstoffe, Währungen, Börsenindizes etc. wetten. Weltweit werden pro Jahr rund 536 Billionen Euro mit Derivaten umgesetzt. Warren Buffet, Milliardär und »Anlegerguru«, bezeichnete Derivate einst warnend als »finanzielle Massenvernichtungswaffen« und »Zeitbomben«.

Bei jedem Umsatz müssen Käufer/in und Verkäufer/in einen kleinen Prozentsatz Steuer bezahlen. DIE LINKE. im Bundestag fordert einen Steuersatz von mindestens 0,1 Prozent. Sollte eine umfassende europäische Finanztransaktionssteuer nicht zeitnah zustande kommen, wollen wir die Steuer auf nationaler Ebene einführen.

Der ehemalige Parteichef der CSU, Horst Seehofer, sagte 2012: »Wir unterstützen diesen Weg: so schnell wie möglich mit so vielen wie möglich in Europa eine Finanztransaktionssteuer zu realisieren.« Bayerns damaliger Finanzminister Markus Söder (CSU) bekräftigte im selben Jahr zum FTS-Vorstoß auf EU-Ebene: »Und wenn es dort nicht klappt, dann wäre ich für einen deutschen Alleingang.« Im aktuellen Koalitionsvertrag von 2017 zwischen Union und SPD findet sich schließlich der Satz: »Die Einführung einer substanziellen Finanztransaktionssteuer wollen wir zum Abschluss bringen.«

Auf Überweisungen und andere Zahlungsströme von Verbraucherinnen und Verbrauchern entfällt selbstverständlich keine Finanztransaktionssteuer.

Luftnummer Aktiensteuer

Ein Vorschlag von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) sieht die Einführung einer Steuer von 0,2 Prozent vor, die allerdings nur auf Käufe von Aktien deutscher Unternehmen erhoben wird. Dies auch bloß dann, wenn die Unternehmen einen Marktwert von mehr als einer Milliarde Euro haben. Damit würden über 99 Prozent aller Finanztransaktionen nicht erfasst, weil u.a. Derivate außen vor bleiben. Die Steuer würde so zu einer Farce! Sie träfe gerade nicht die großen Banken und Investoren, die mit Kundengeldern zocken.